

Fluchtverhinderung mit KARLSRUHE

von Dietrich Schulze

Am 15. Juni erschien der NRhZ-Bericht „Abrüstungsbeitrag KARLSRUHE“ [1]. Kurz nach Redaktionsschluss gab es am 13. Juni im Jubez-Café in Karlsruhe in der Diskussionsveranstaltung „Umkämpftes Mittelmeer“ [2a] bewegende Berichte der Alarmphone-Helfer Father Mussie Zerai, Marion Bayer und Hagen Kopp für Flüchtlinge mit in Seenot geratenen Booten im Mittelmeer. Dort wurde über die Broschüre „MOVING ON Ein Jahr Alarmphone“ [2b] berichtet und diese angeboten.

Am Erscheinungstag des Berichts gab es in Karlsruhe eine Pressekonferenz zur Präsentation des Grundrechte-Reports 2016 [3a]. Einer der 40 Berichte zu den überwiegend staatlichen Grundrechtsverletzungen befasst sich mit dem Thema »Schlepperbekämpfung« im zentralen Mittelmeer: Fluchtverhinderung mit Kriegsschiffen“ [3b].

Die Erkenntnisse allein aus diesen beiden Terminen werfen ein komplett neues Licht auf die in [1] aufbereiteten Überlegungen.

Zur Erinnerung: Dort zitierte die BNN am 20. April den Kommandanten der KARLSRUHE Clausing: „Es ist mir eine Ehre und Freude, die Verantwortung über das 3. Deutsche Einsatzkontingent EUNAVFORMED übernehmen zu dürfen. Unser Auftrag ist klar. Die Bekämpfung der Schleuserkriminalität. Unsere Aufgabe wird jedoch zu großen Teilen die Hilfeleistung für verzweifelte und in Not geratene Menschen sein. Dafür brauchen wir keinen Auftrag, weil es unsere moralische und ethische Pflicht als Seeleute ist, Menschen in Seenot zu helfen.“

Wie dramatisch diese Ausführungen neben der Wirklichkeit liegen, kann nun mit Zitaten aus den beiden obigen Terminen belegt werden, um daraus neue Schlüsse zu ziehen.

Kalkuliertes und überwachtes Sterben

Am 27. Mai berichtete Alarmphone [4a] über eine Katastrophe am Vortag. Der Flüchtlings-Anrufer berichtete von zwei Booten in Seenot mit jeweils 500 Menschen an Bord, darunter viele syrische und irakische Flüchtlinge. Nach 4 Stunden kam endlich Rettung durch die italienische Küstenwache in Sicht. Eine Stunde davor war das zweite Boot bereits gesunken. Die Küstenwache berichtete von 96 Geretteten. Das private Rettungsschiff Sea-Watch musste Ertrunkene bergen.



Schlauchboot mit Flüchtlingen im Mittelmeer. Bildquelle: MOVING ON Ein Jahr Alarmphone Zitat [2b] Seite 76

Es gibt keine Zahlenangaben über die Ertrunkenen von den 1000 betroffenen Flüchtlingen. Nach Adam Riese müssen es viel mehr als ein halbes Tausend gewesen sein.

Die oben benannten Militär-Operation EUNAVFOR MED/Sophia dient der Überwachung des zentralen Mittelmeeres zwischen Libyen und Italien mit dem zentralen Auftrag der Bekämpfung der sog. Schleusernetzwerke. Die „Schlepperjäger“ sind mit allem High-Tech ausgerüstet. Sie können die Boote vermutlich mit High-Tech orten. Sie könnten auch regelmäßig mit einem kleinen Aufklärungsflugzeug entlang der allseits bekannten Routen die Boote der Geflüchteten orten und diese sofort retten. Das Sterben durch Untätigkeit der KARLSRUHE geht weiter. Es wird verschwiegen, vertuscht oder kleingeredet, um neue öffentliche Aufschreie zu vermeiden.

Ein ähnlich kritischer Bericht findet sich im SPIEGEL am 13. Mai [4b], also zwei Wochen vor der oben beschriebenen Katastrophe. Schlagzeile: „Bericht stellt EU-Mission »Sophia« vernichtendes Zeugnis aus“. Das Fazit des britischen Ausschussberichts: Die EU-Mission im Mittelmeer verfehlt ihr Ziel. Sie macht die Überfahrt der Flüchtlinge sogar noch gefährlicher. Die Schleuser änderten einfach ihre Strategie und verfrachteten die Hilfesuchenden in Schlauch- statt in Holzboote. Die EU setzt eine Armada aus neun Kriegsschiffen, einem U-Boot, Aufklärungsflugzeugen und sogar Drohnen ein. Bei Gründung der Mission, die damals offiziell "EUNAVFOR Med" hieß, sei die Rettung von Flüchtlingen eher ein Nebenaspekt gewesen. Ende Juni müsse das Mandat für den Einsatz komplett erneuert werden.

Fluchtverhinderung mit Kriegsschiffen

So der Titel des obigen Teilberichts [3b] von Judith Kopp. Schauen wir uns diesen Bericht noch etwas genauer an. Allein die Zwischenüberschriften ergeben eine eindeutige Botschaft:

- Militäreinsatz nimmt »Verlust von Menschenleben« als Kollateralschäden in Kauf
- »Schlepperbekämpfung« statt Seenotrettung
- »Anhalten. Durchsuchen. Beschlagnahmen und Umleiten«
- PR-Strategie gegen Reputationsverlust
- Abschottungspolitik mit humanitärem Anstrich

Zu Beginn werden die politischen Ursachen der obigen Katastrophen beleuchtet: Zitat: „»Europa darf nicht zulassen, dass das Mittelmeer ein Massengrab für Flüchtlinge ist«, so der Bundesaußenminister Anfang September 2015. Seit der Bootskatastrophe vor Lampedusa im Oktober 2013 beschwören PolitikerInnen nach neuen Katastrophen ritualhaft ein Ende des massenhaften Sterbens im Mittelmeer. Doch anstatt Schutzsuchenden legale Zugangswege nach Europa zu eröffnen und einen europäischen Seenotrettungsdienst einzusetzen, haben die EU-Regierungen darauf gedrungen, dass Italien Ende 2014 seine Such- und Rettungsmission »Mare Nostrum. Auslaufen ließ, um anschließend mit dem Einsatz der Frontex-Operation Triton auf Grenzabschottung zu setzen. Die Todesrate stieg in der Folge in bisher unbekannte Höhe - allein in einer Woche im April 2015 kamen über 1000 Menschen bei Bootskatastrophen ums Leben.“

Und hier ein sehr wichtiger völkerrechtlicher Aspekt. Zitat: „Der militärische Einsatz »Krisenbewältigungsoperation« EUNAVFOR Med ab Oktober 2015 ist mit dem Völkerrecht nicht vereinbar,

da internationale Abkommen die Schleusung von MigrantInnen allenfalls als privates Strafdelikt einstufen. Somit sind dagegen strafrechtliche Mittel zulässig - nicht jedoch militärische. Der Einsatz widerspricht aber auch dem in der Verfassung verbrieften Trennungsgebot zwischen militärischen und polizeilichen Einsätzen.“

Schlussfolgerungen für die KARLSRUHE

Das Kriegsschiff ist daran beteiligt, Flüchtlinge bewusst dem Tod zu überlassen. Im Gegensatz zur PR-Politik der Bundeswehr, der Bundesregierung und der herrschenden Presse ist das eine verantwortungslose Handlung, die unverzüglich beendet werden muss und nicht erst wie in [1] berichtet zum Ende dieses Jahres. Das ist die Aufforderung an die Bundeswehr, die Bundesregierung und den Bundestag, sofort tätig zu werden, selbstredend mit Unterstützung der Verantwortlichen der Stadt. Bekanntlich dauern solche Absichten, auch wenn sie überzeugend vorgetragen werden. Es gibt einen direkten vor Ort rasch umsetzbaren Schritt, nämlich die Patenschaft bei der übernächsten Sitzung des Gemeinderats im Juli per Mehrheitsbeschluss

zu beenden und damit diesem verantwortungslosen Handeln des Kriegsschiffs den humanitären Anstrich zu entziehen.

Bedeutung für die beiden Forderungen im April

Als unmittelbare Reaktionen auf den zitierten BNN-Bericht vom 20. April hatte die Gemeinderatsfraktion DIE LINKE. am 25. April [5a] als PM erklärt, dass die Abschiedsfeier von der Fregattenbesatzung Ende des Jahres überflüssig ist, weil Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup bereits für den Abschied gratuliert habe. Das wird nun insofern bekräftigt, dass die Abschiedsfeier mit der Rücknahme der Patenschaft gegenstandslos wird.

Die zweite unmittelbare Reaktion ebenfalls am 25. April [5b] war die PM von 8 friedensbewegten UnterzeichnerInnen mit der Forderung die Fregatte als Abrüstungsbeitrag zu verschrotten. Dazu ist nach den Berichten vom 13. und 15. Juni eine weitergehende Forderung entstanden, nämlich die Kriegsfregatte in ein ziviles Rettungsschiff für das Mittelmeer umzubauen. Klingt sehr gut, nämlich nach:

»Schwerter zu Pflugscharen«

Solche Visionen dürfen wir uns nicht verbieten lassen. Auf der Menschenkette am 11. Juni gegen den Drohnenkrieg „STOPP RAMSTEIN“ gab es viele Gedanken, zum Beispiel „RAUS AUS DER NATO

solcher unartiger
– NATO RAUS“.

Und »Schwerter zu Pflugscharen« ist auch Zivilklausel, eine Universität frei von zivil-militärischer Forschung und frei von Auftritten. Auch diese Vision für das KIT in wir uns nicht nehmen.



genau der Sinn der militärischer oder Bundeswehr-Karlsruhe lassen

Zur Erinnerung nochmals die Entdeckung der Verwertungsperspektive für die KARLSRUHE in Kriegsforschung in Eckernförde: Weniger deutsche Kriegsschiffe rund um den Globus. Als ob deutsche Kanonenboot-Politik bereits im 1. Weltkrieg

Bundeswehr- [1] nämlich für die angreifbare es nie die grässliche gegeben hätte.

Seien wir doch kompromissbereit. Ist die Verschrottung nicht ein guter Kompromiss zwischen einer derartigen Kriegsforschungs-Fregatte und dem kompletten Gegenteil, dem Umbau in ein ziviles Rettungsschiff?

Quellen:

[1] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22870>

[2a] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20160613ka.pdf>

[2b] <http://fontsinuse.com/uses/12532/moving-on-one-year-alarmphone>

[3a] <http://www.grundrechte-report.de>

[3b] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20160615gr.pdf>

[4a] <https://alarmphone.org/de/2016/05/27/stellungnahme-von-watchthemed-alarm-phone-zur-aktuellen-situation-im-mittelmeer-und-den-ereignissen-gestern/>

[4b] <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-bericht-stellt-eu-mission-sophia-vernichtendes-zeugnis-aus-a-1092305.html>

[5a] <https://www.facebook.com/dielinkekarlsruhe/posts/1011586335583840:0>

[5b] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20160425pm.pdf>

Über den Autor:

Dr.-Ing. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT Campus Nord). 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig. Email dietrich.schulze@gmx.de

Fregatte KARLSRUHE: Verschrottung oder Objekt für Kriegsforschung

Abrüstungsbeitrag KARLSRUHE

von Dietrich Schulze

Am 20. April eröffneten die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) mit einer an Kriegspropaganda erinnernden Meldung [1]. „Die KARLSRUHE auf den Weltmeeren – Von der Kaiserlichen Kriegsmarine bis zur Bundeswehr“. Mit der Perspektive am Schluss: "Ob die Fregatte 2017 abgewrackt oder an einen Verbündeten abgegeben wird, ist offen." Auf der Titelseite hieß es: „Die Fregatte KARLSRUHE wird Mitte 2017 außer Dienst gestellt. Bereits ab Jahresende ist sie nicht mehr für Einsätze vorgesehen. ... OB Frank Mentrup kündigte einen Festakt in Karlsruhe an, um sich von der Besatzung würdig zu verabschieden.“

Die angekündigte militaristische Abschiedsfeier und die möglichen Verwertungsabsichten für das Kriegsschiff haben eine öffentliche Debatte in Karlsruhe ausgelöst, über die gleich berichtet werden wird. Dieser Bericht ist aufgrund einer Recherche des Autors am 9. Juni in Bundesmarine-Publikationen entstanden.



Bildmontage „Fregatte KARLSRUHE in der Verschrottung“ Bildquelle: siehe Zitat [6]

KARLSRUHE für Marine-Rüstungstechnologie

In einem Facebook-Eintrag am 17. Mai zum Thema „Fregatte Klasse 122 Endstation Verwertung“ (Quelle: dmkn) [2] heißt es:

„Die Außerdienststellung der Fregatte KARLSRUHE ist Mitte 2017 geplant. ... Die Fregatte soll unmittelbar nach ihrer Außerdienststellung an die Wehrtechnische Dienststelle für Schiffe und Marinewaffen, Maritime Technologie und Forschung (WTD 71) in Eckernförde übergeben und für

Anspengversuche genutzt werden. Hierbei wird die Wirkung hoher Schockpegel gemessen und im Hinblick auf abgestufte Fähigkeitsprofile nach Unterwasserdetonationen bewertet. Der Fregatte KARLSRUHE wird somit die Ehre zu Teil, zur Erforschung und Entwicklung von realitätsnäheren Schockrechnungen, Schocksimulationen und somit zu besseren Konstruktionsgrundlagen für künftige Marineschiffe beizutragen. Dem Schicksal der abschließenden Verwertung wird auch sie nicht entgehen, aber die Halbwertszeit von Erkenntnissen aus Anspengversuchen ist groß. Von „der KARLSRUHE“ wird man deshalb noch in 20 Jahren sprechen.“

Von dieser „Ehre“ für die Rüstungstechnologiepolitik ist bisher in Karlsruhe nirgendwo die Rede gewesen. Das komplette Zitat findet man in der oben angedeuteten dmkn-Quelle bereits 2014 als „Die Verwertung der Fregatten Klasse 122“ im MarineForum 9-2014 [3]. Die Debatte darüber ist hiermit eröffnet.

Verschrottung KARLSRUHE als Abrüstungsbeitrag

Unmittelbar nach der BNN-Meldung [1] setzten sich besorgte Karlsruher Friedensfreund*innen zusammen und formulierte am 25. April eine Pressemitteilung [4] mit der Schlagzeile „Kriegsschiff KARLSRUHE verschrotten!“ an die Adresse der Patenstadt Karlsruhe mit der Präzisierung:

„Es wäre gut, wenn die Vertreter der Stadt - OB und Gemeinderat - ein weiteres Zeichen setzen könnten: Die Forderung an die Bundeswehr und das Bundesverteidigungsministerium nach Verschrottung der ausgemusterten Fregatte KARLSRUHE zu unterstützen als Zeichen gegen deutsche Waffenexporte (neue oder gebrauchte) und auch gegen den Missbrauch des Kriegsschiffs als Anschauungs- und Erziehungsobjekt der Jugend zum Militärischen. Überzeugender Schlusspunkt sollte sein: Den Schrottwert für soziale Zwecke spenden!“.

Der Karlsruher Stadtverband der Partei DIE LINKE begründete zeitgleich in Facebook die Forderung „Kein Festakt für die Fregatte KARLSRUHE!“ [5].

Dass das Thema als heiß angesehen wurde, zeigte die BNN-Reaktion am 28. April unter dem Titel „Fest-Akt oder »belastete Historie«? Friedensbewegung und Linke üben scharfe Kritik an geplanter Feier für Fregatte KARLSRUHE. OB kündigt für heute Stellungnahme an“. Die OB-Befürwortung der Abschiedsfeier erschien tags darauf. Kein Wort zur Verschrottung. Am gleichen Tag die Unterstützung der CDU-Gemeinderatsfraktion für den OB. Am 30. April brachte die BNN das Militaristische unter dem Titel „Ein Zerrbild“ mit dem Schlussgedanken auf den Punkt: "Die Besatzung der KARLSRUHE hat es verdient, würdig verabschiedet zu werden. Dass OB Mentrup dabei eindeutig ist und sich nicht von den Planungen abbringen lässt, ehrt ihn. Oder um es in der Seemannssprache zu sagen: Mentrup hält Kurs." Dazu gab es eine Reihe von Pro/Contra-Leserbriefen. Am Internationalen Tag der Arbeit 2016 zeigte die VVN-BdA ein A1-Plakat mit einem knackigen Bild zur Verschrottungsforderung [6]. In Friedenskreisen war an die Kritik 2012 vor dem Rathaus gegen die Patenschaft mit dem Kriegsschiff erinnert worden. Hier eine kleine Sammlung der Dokumente mit Datum 7. Mai [7].

Vertagung des OB-Gesprächstermins

Das Friedensbündnis unterstützte die Verschrottungsforderung und wollte den OB um einen Gesprächstermin bis 6. Juni bitten. Über die Umsetzung gab es ein Zerwürfnis, das in der Sitzung am 7. Juni beigelegt werden konnte. Bei geeigneten Anlässe soll das Thema Verschrottung der KARLSRUHE als Abrüstungsbeitrag öffentlich vorgetragen werden. Es wurden Ideen für den Antikriegstag diskutiert.

Am 31. Mai erhielt der Autor eine Rückmeldung der CDU-Gemeinderatsfraktion auf die PM [4]. Tenor: Verabschiedung JA. Unterstützung Verschrottung NEIN. Die Rückfrage vom gleichen Tag:

„Was wäre die Vorstellung der CDU-Fraktion, was denn mit der ausgemusterten Fregatte geschehen soll?“ ist bisher nicht beantwortet worden.

De-facto-Fortsetzung der Patenschaft

Die zitierten Pläne laufen auf eine jahrelange Fortsetzung der Verwendung der KARLSRUHE für Kriegsforschungszwecke hinaus, das glatte Gegenteil des geforderten Abrüstungsbeitrags. Die Patenschaft der Stadt Karlsruhe würde demnach de facto fortgesetzt. Mit der geforderten Verschrottung würde die Patenschaft tatsächlich beendet werden. Zu dieser neuen Faktenlage sollte der „Mayor for Peace“ Oberbürgermeister Stellung beziehen und der breite demokratische Gedankenaustausch in der Technologieregion Karlsruhe nun endlich beginnen.

Die bundesweite Bedeutung liegt darin, dass die Erkenntnisse aus den Anspengversuchen für alle Kriegsschiffe wichtig sind. Die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE hatte sich Ende 2014 Drs 18/2963 in einer kleinen Anfrage [8] mit der Belastung der Ökosysteme durch derartige Bundeswehr-Versuche auseinander gesetzt. Am KIT gibt es Experten für schallortungsresistente U-Boot-Energieversorgung – s. Zivilklausel-Veranstaltung am KIT 29. April 2015 [9]. Möglicherweise werden die künftig zuständigen WTD-71-Schallexperten auf KIT-Expertise zurückgreifen.

Quellen:

[1] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20160420bnn.pdf>

[2] https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1232233213483892&id=292744184099471

[3] <http://www.dmkn.de/wp-content/uploads/2014/08/Seiten-aus-MF-14-09-4.pdf>

[4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20160425pm.pdf>

[5] <https://www.facebook.com/dielinkekarlsruhe/posts/1011586335583840:0>

[6] http://karlsruhe.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/49/2016/05/VVN_Plakat_Fregatte.pdf

[7] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20160501.pdf>

[8] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/029/1802963.pdf>

[9] http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Karlsruhe/flyer/AG_Frieden/Doku_Veranstaltung_Zivilklausel.pdf

Über den Autor:

Dr.-Ing. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT Campus Nord). 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig.

Email dietch.schulze@gmx.de